Das Mitbestimmungsgesetz und das Betriebsverfassungsrecht

Wolf-Peter Spaich

344548

Juristische Gesamtbibliothek der Technischen Hochschule Darmstadt



Centaurus-Verlagsgesellschaft
Pfaffenweiler 1986

<u>Inhaltsverzeichnis</u>

Einleitung

I.	Zielsetzung der Arbeit	1
II.	Eingrenzung des Themas	3
	`	
Erstes	s Kapitel	
Der St	tand_der_Mitbestimmungsgesetzgebung	
		5
Gescn.	ichte und Status guo	5
I.	Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972	8
II.	Die Unternehmensmitbestimmung außerhalb des Geltungsbereichs des MitbestG	11
	•	, ,
	1) Die Mitbestimmung nach den §§ 76 ff. BetrVG 1952	11
	2) Das Montanmitbestimmungsgesetz	12
	3) Das Mitbestimmungsergänzungsgesetz	14
	0, 540 H2 60 62 Haman 50 62 5 4 H 5 H 5 F 5 F 5 F 5 F 5 F 5 F 5 F 5 F 5	
III.	Das MitbestG 1976	15
	1) Zur Entstehungsgeschichte	15
	2) Zu den Motiven	17
	3) Das Gesetzeswerk selbst	18
	·	

Zweites Kapitel

Bezugsrahmen und Zweckrichtung der Mitbestimmung im Unternehmen und im Betrieb

<u>1.</u>	Teil -	Die idealtypische Abgrenzung der	
		Mitbestimmungsarten	21
	I.	Die Trennung von Betrieb und Unter- nehmen	22
	II.	Die betriebliche und die unternehme- rische Mitbestimmung	23
<u>2.</u>	Teil -	Das Betriebsverfassungsrecht	26
	ı.	Die unternehmensbezogenen Teilhabe- rechte der Arbeitnehmer nach dem BetrVG 1972	26
	1)	Die Teilhaberechte in sozialen Ange- legenheiten und ihr unternehmensbe- zogenes Potential	27
		a) § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG b) § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG c) § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG d) § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG	27 29 31 32
	2)	Die Teilhaberechte bei der Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung und ihr unternehmerischer Bezug	36
	3)	Die Teilhaberechte in personellen An- gelegenheiten und ihr unternehmerischer Bezug	38
		a) Die Mitbestimmung des Betriebsrats in allgemeinen personellen Ange- legenheiten nach §§ 92 bis 95 BetrVG	38
		b) Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Berufsbildung (§§ 96 - 98 BetrVG)	40
		c) Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen (§§ 99 - 105 BetrVG)	40
	4)	Die Teilhaberechte in wirtschaftlichen Angelegenheiten und ihr unternehme- rischer Bezug	43

:	II.	Die organisationsrechtlichen Normen des Betriebsverfassungsrechts	49
	1)	Die Wertung des Gesetzgebers	49
	2)	Eine empirische Bestandsaufnahme zur Frage der Primärzuständigkeit des Einzelbetriebsrats in Großunternehmen – zugleich eine partielle Auswertung der Studie von Rancke: Betriebsverfassung und Unternehmenswirklichkeit (1982)	51
		a) Zu den "Substrukturen" der Be- triebsverfassung	53
		 b) Zur Relevanz der Unternehmens- organisationsform in bezug auf die betriebsverfassungsrechtliche Mit- bestimmung 	55
-	III.	Zwischenergebnis zum 2. Kapitel, 2. Teil	58
3. 5	reil -	Die Arbeitnehmermitbestimmung nach dem MitbestG	59
	ı.	Die Bedeutung des BVerfG-Urteils für die Auslegung des MitbestG	59
	II.	Der Ansatz der Mitbestimmung nach dem MitbestG	63
	1)	Die aktienrechtliche Grundkonzeption	64
	2)	Die Struktur der Aktiengesellschaft nach dem MitbestG	70
		a) Die These von der Prävalenz des MitbestG gegenüber dem Gesellschaftsrecht	71
		b) Die These vom Unternehmensinteresse als Orientierungsziel der Verwaltung	73
		c) Das Kriterium von der Funktionsfähig- keit der Unternehmen	78
	III.	Zur Soziologie des mitbestimmten Aufsichtsrats	79
	1)	Die Zuständigkeiten	79
	2)	Zur Situation im mitbestimmten Auf- sichtsrat	82
		a) Die Studie von Kirsch und Paul	82
		b) Die Analyse von Witte	85

IV.	Zur Soziologie des Vorstands der	
	mitbestimmten AG	87
•	1) Zum Zuständigkeitsbereich	87
:	2) Die Arbeitsweise des mitbestimmten Vorstands	88
	a) Die Befunde von Kirsch und Paul	89
	b) Die Analyse von Witte	90
ν.	Zwischenergebnis zum 2. Kapitel, 3. Teil	92
4. Teil -	Wechselwirkungen zwischen dem MitbestG und dem Betriebsverfassungsrecht	93
ı.	Zur Bedeutung der informatorischen Vorgespräche zwischen Vorstand und den Mitbestimmungsinstanzen	93
II.	Zur Personalunion der Arbeitnehmer- vertreter in den Mitbestimmungs- gremien	94
III.	Folgerungen zur Gesamteinflußver- teilung im mitbestimmten Unternehmen	96
<u>Drittes_K</u>	ap <u>itel</u>	
Recht und unternehme	<u>Realität der Mitbestimmung im Groß-</u> <u>.</u>	
I.	Die Inkongruenz zwischen der Fak- tizität der Mitbestimmung und den Absichten des Gesetzgebers	100
1)	Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte	100
	a) Zum Betriebsbegriff	105
	b) Zu den betriebsverfassungsrecht- lichen Substrukturen	108
	 c) Zur Primärzuständigkeit des einzelnen Betriebsrats 	111
	d) Zu den inhaltlichen immanenten Schranken des Betriebsverfassungs- rechts	112

2)	Zur Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz	112
	a) Zum Prozeß der Entscheidungsfindung	112
	b) Zur Interessenausrichtung der Unternehmensverwaltung	114
	 c) Zur Doppelmitgliedschaft von Arbeit- nehmervertretern im Aufsichtsrat und im Betriebsrat 	116
II.	Folgerungen de lege ferenda	120
1)	Überlegungen zum Betriebsverfassungsrecht	121
	a) Die Neufixierung des Betriebsbegriffs	122
	 b) Zur Kodifizierung der Erstzuständigkeit des Einzelbetriebsrats 	126
	c) Zur funktionalen Abgrenzung der Mitbestimmungsebenen	132
2)	Zum Erfordernis einer stimmigen Ab- grenzung der Mitbestimmungssysteme nach dem Betriebsverfassungsrecht und dem Mitbestimmungsgesetz	134
	 a) Erstes Modell: Beibehaltung der betriebsverfassungsrechtlichen Mit- bestimmung bei Reduktion der Arbeit- nehmermitbestimmung im Aufsichtsrat 	136
	 b) Zweites Modell: Beibehaltung der Mitbestimmung im Aufsichts- rat bei Reduktion der betriebs- rätlichen Teilhaberechte c) Drittes Modell: Beibehaltung 	140
	beider Mitbestimmungsebenen bei flexibler Auflösung im Fall doppelter Arbeitnehmermitbe- stimmung	142
III.	Eigener Lösungsvorschlag	146
<u>Zusammenf</u>	assende_Ergebnisse	158
Abkürzung	sverzeiChnis	161
Literatur	verzeichnis	163